

3 x Nein und 1 x Ja

Nachdem im letzten Jahr der eidgenössischen Wahlen wegen kaum Sachabstimmungen an die Urne kamen, hagelt es am 11. März den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern gleich fünf Vorlagen auf den Tisch. Die Konsequenzen der Abstimmungen sind für Graubünden sehr unterschiedlich. Der Kantonalvorstand des BGV empfiehlt seinen Mitgliedern, dreimal Nein und einmal Ja zu stimmen. Weil die Abstimmung über den Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke keinen gewerberelevanten Bezug hat, verzichtet er gemäss ständiger Praxis auf eine Empfehlung.

Mi. Geradezu dramatisch würde sich eine Annahme der Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» für Graubünden auswirken (siehe Seite 5). Da die meisten Tourismusorte über einen Zweitwohnungsanteil von 40 % bis 60 % verfügen, wäre ein Baustopp für Zweitwohnungen über Jahrzehnte hinweg die Folge.

Nein zu einem weiteren Diktat aus Bern

Die Initiative verlangt, dass der Anteil von Zweitwohnungen auf 20 % des Gesamtbestandes aller Wohneinheiten beschränkt

Walter Prinz: «Wir möchten selber über unsere Zukunft entscheiden.»



wird. Ziel der Initiative ist, dem Bund die Kompetenzen bei der Reglementierung der Zweitwohnungen zu übertragen, was dem föderalistischen System vollkommen widerspricht. Für Walter Prinz, Kantonalvorstandsmitglied des Bündner Gewerbeverbandes, ist die Initiative nichts anderes als eine Totengräberstimmung des Föderalismus: «Es ist Aufgabe der Gemeinden und des Kantons und nicht der Technokraten in Bundesbern, über die Zukunft selber zu bestimmen!».

Unverständlich ist für den Kantonalvorstand auch, dass die Initiative nicht zurückgezogen wurde. Denn es ist ja nicht so, dass sie nichts bewegt hat. Das Parlament hat über eine Revision des Raumplanungsgesetzes mit einem indirekten Gegenvorschlag beschlossen, Kantone und Gemeinden zu verpflichten, bis ins Jahr 2014 Massnahmen zur Lenkung des Zweitwohnungsbaus zu ergreifen. Graubünden hat vorbildlich und rechtzeitig den kantonalen Richtplan revidiert und die Gemeinden angewiesen, individuelle Massnahmen, die den örtlichen Gegebenheiten Rechnung tragen, wie zum Beispiel das Festlegen von Erstwohnanteilen, die Kontingentierungen von Zweitwohnungen oder die Einführung von Lenkungsabgaben zu treffen.

Ja zum Bausparen

Durch Bausparen sollen möglichst viele der in der Schweiz wohnhaften Personen ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung erwerben können. Das steuerbegünstigte Sparkapital darf nur für den erstmaligen Erwerb von dauernd und ausschliesslich selbst genutztem Wohneigentum verwendet werden. Eine weitere Bausparform begünstigt Wohneigentümerinnen und -eigentümer, die Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen vornehmen. Die Initiative betrifft ausschliesslich die Staats- und Gemeindesteuern. Sie überlässt es den Kantonen, ob sie diese einführen wollen. Dies im Gegensatz zu einer weiteren Initiative unter dem Titel «Eigene vier Wände dank Bausparen», die vermutlich im Sommer zur Abstimmung kommt. Der Kan-



Köbi Lötscher: «Die Bauspar-Initiative ist sinnvoll.»

tonalvorstand des Bündner Gewerbeverbandes hat einstimmig die Ja-Parole gefasst. Jakob Lötscher, Kantonalvorstandsmitglied aus Schiers und ehemaliger Präsident der Bündner Schreiner: «Das zweckgebundene Bausparen unterstützt den Erwerb von Wohneigentum, und das damit verbundene ökologische Energie-Bausparen fördert nachhaltige Sanierungen.»

Nein zur Volksinitiative «Sechs Wochen Ferien»

Die am 26. Juni 2009 mit 107'639 gültigen Unterschriften eingereichte Volksinitiative «Sechs Wochen Ferien für alle» verlangt, Artikel 110 der Bundesverfassung zu ergänzen: «Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf bezahlte Ferien von jährlich mindestens sechs Wochen.» Wie die zusätzlichen Ferien finanziert werden sollen, sagt die Initiative nicht. Derzeit gilt in der Schweiz der gesetzliche Anspruch auf mindestens vier Wochen Ferien. Das ist seit 1984 unverändert so. Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel habe sich die Belastung am Arbeitsplatz massiv erhöht, sagen die Initianten und der Gewerkschaftsdachver-



René Wildhaber: «Die Ferieninitiative gefährdet die Existenz vieler KMU.»

band Travail.Suisse. Der Kantonalvorstand des BGV lehnt die Ferieninitiative ab. Längere Ferien können den Spielraum für Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen einschränken und sich deshalb für die Arbeitnehmenden als nachteilig erweisen. René Wildhaber, Mitglied des Kanto-

nalvorstandes und bis Mitte April Präsident der Bündner Elektriker: «Diese Initiative kostet viele Arbeitsplätze und gefährdet KMUs in ihrer Existenz. Wir können uns die Mehrkosten von sechs Milliarden Franken nicht leisten – erst recht nicht in einer Zeit, in der wir ganz andere Probleme zu bewältigen haben.»

Nein zur Buchpreisbindung

Nur vier Jahre nach deren Abschaffung soll die Buchpreisbindung wieder eingeführt werden. Vor 2007 hatten sich die Wettbewerbsbehörden, die Gerichte und der Bundesrat in einem über zehn Jahre dauernden Verfahren in Abwägung aller Vor- und Nachteile gegen ein solches Kartell entschieden. Mithilfe des neuen Buchpreisbindungsgesetzes sollen Preise nun wieder durch Verleger und Importeure fixiert werden können. Die Buchhändler müssen diese Preise übernehmen. Sie dürfen ihren Kunden höchstens fünf Prozent Rabatt gewähren. Werden Preise missbräuchlich erhöht, darf der Preisüberwacher dagegen intervenieren. Das Parlament hat diese Regelungen in der Frühjahrsession 2011 beschlossen. Ein überparteil-



Angela Casanova: «Vom Wettbewerb im Buchmarkt profitieren alle Beteiligten. Wettbewerb sichert günstige Preise. Mit der Buchpreisbindung würde der Wettbewerb verzerrt.»

ches Komitee hat erfolgreich das Referendum ergriffen. Der Kantonalvorstand des BGV ist einstimmig gegen dieses Gesetz und hat deshalb die Nein-Parole gefasst.

ABSTIMMUNG 11. MÄRZ 2012

MFHR = WENIGER BS

active-nein.ch

Bündner Komitee, Postfach 381, 7001 Chur

